Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin

Kreisverwaltung Teltow-Fläming • Am Nuthefließ 2 • 14943 Luckenwalde

Staatskanzlei
des Landes Brandenburg
Ministerin und Chefin der Staatskanzlei
Frau Kathrin Schneider
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Dezernat: IV
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung /
Kreisentwicklung
Dienstgebäude: Zinnaer Straße 34

Luckenwalde, 13. Januar 2021

Strategischer Gesamtrahmen Hauptstadtregion
Ihr Schreiben vom 21. Dezember 2020

Sehr geehrte Frau Ministerin,

vielen Dank für die Einbeziehung in den Diskussionsprozess zum Entwurf des Strategischen Gesamtrahmens mit Ihrem o. g. Schreiben. Diesem konnte ich entnehmen, dass etwaige Anregungen aus Landkreissicht über die für die Bürgerbeteiligung eingerichtete Plattform eingebracht werden können. Da sich hier jedoch Hinweise zu mehreren Handlungsfeldern ergeben, erhalten Sie diese gebündelt mit diesem Schreiben.

Bedauerlich ist, dass Zeitpunkt und Frist der Beteiligung hier keine intensive Befassung mit den sehr weit gesteckten Themenbereichen der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zulassen. Auch eine Erörterung dieses rahmensetzenden Papiers in den Gremien des Kreistages war so nicht möglich. Es steht damit auch zu befürchten, dass nicht alle relevanten Akteure (bspw. die Kommunen, die Regionalen Planungsgemeinschaften, das Dialogforum oder das Kommunale Nachbarschaftsforum, KNF) erreicht werden bzw. zu wenig Zeit bleibt, abgestimmte Stellungnahmen zu erarbeiten. Die Inhalte und Ergebnisse der acht Fachgespräche mit Akteuren der Fachöffentlichkeit im Dezember 2020, auf die auf der Internetseite der Beteiligungsplattform hingewiesen wird, sind dort leider nicht dokumentiert. Sie können auch nicht im vorliegenden Papier mit Stand vom September 2020 enthalten sein, wären jedoch für die Beurteilung der Strategieunterlagen durchaus von Interesse.

Gleichwohl wird die besondere Notwendigkeit für die Abstimmung und Verständigung der Nachbarländer zu gemeinsamen Entwicklungsthemen gesehen und unterstützt. Dabei Brandenburg einschließlich des Landkreises Teltow-Fläming mit den verschiedenen teilräumlichen Erfordernissen vom Umland Berlins bis in den ländlichen Raum angemessen und auf Augenhöhe mit Berlin zu vertreten, ist eine besondere Herausforderung und Erwartung zugleich.

Zu den mitgeteilten Handlungsfeldern und zugeordneten Vorhaben ergeben sich nach kurzfristiger Einbeziehung einiger Fachbereiche meines Hauses, ohne Rückkopplung mit den kreisangehörigen Kommunen oder den politischen Gremien des Kreises, nachfolgende Hinweise.

Allgemein

Nicht eindeutig erscheint zunächst, wo sich der Strategische Gesamtrahmen in die Systematik aus bestehenden Plänen, Strategien, Konzepten, Koalitionsvertrag und Fachplanungen einordnet, welcher Planungshorizont ihm zu Grunde liegt und welche Verbindlichkeit/Wirkungen er entfalten kann bzw. soll. Zur Vorhabenliste wird angemerkt, dass sie zunächst als eine lose Zusammenstellung erscheint, die von der konkreten Einzelmaßnahme über z. T. bereits laufende Projekte und Verfahren bis zur allgemeinen Absichtserklärung reicht. Eine Priorisierung der Handlungsfelder und Vorhaben/Maßnahmen erfolgt erkennbar nicht. Klarstellungen hierzu im Abschlussdokument würden befürwortet.

Handlungsfeld 1 – Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt

- Wohnungsbau in den Städten der 2. Reihe und im Berliner Umland
- Konzepte für Siedlungsachsen im Berliner Umland und Entwicklungsachsen im weiteren Metropolenraum
- Austausch mit Umland und (Berliner) Außenbezirken

Die Orientierung auf themenübergreifende Entwicklungsachsen entlang der Schienenachsen wird grundsätzlich unterstützt. Die inhaltliche Ausgestaltung, z. B. im Sinne von Achsenentwicklungskonzepten, kann nur gemeinsam mit den Kommunen erfolgen. Insofern ist auch die frühzeitige und konkrete Einbeziehung der Städte und Gemeinden des Landkreises zur vorliegenden Rahmenplanung dringend erforderlich. Letztlich bleibt die Frage der Umsetzung und Finanzierung der „angedachten" breiten Entwicklungskorridore, die das ganze Land umfassen sollen. Hier werden die Länder und speziell die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (weiter) in der Verantwortung gesehen, immer wieder Konzepte oder auch Modellvorhaben anzustoßen, mit dem Ziel, Kooperationen zu verstetigen und für den Gesamtraum verallgemeinerbare Aussagen bzw. Vorgehen im Sinne von Best-Practice-Beispielen abzuleiten.

Die themenübergreifende Herangehensweise für die Entwicklungsachsen sollte sich noch konkreter auch auf den weiteren Metropolenraum beziehen. Bereits hier wird auch eine Verknüpfung mit dem Thema soziale Infrastruktur gesehen; die Sicherung der Daseinsvorsorge bis in den ländlichen Raum hinein sollte neben der Lenkung des Entwicklungsdrucks gleichermaßen erklärtes Anliegen einer Gesamtstrategie sein. Von wesentlicher Bedeutung für die Sicherung von Entwicklungspotenzialen im Gesamtraum ist deren Untersuchung und Bewertung; plausiblen Entwicklungszielen sollten konkrete und aktuelle Daten zugrunde liegen – u. a. zur Bevölkerungsentwicklung. Entsprechende Analysen/Abstimmungen sollten im Handlungsfeld und in den jeweiligen Vorhaben vorgesehen werden.

Die nachhaltige Konzentration von Siedlungsflächen entlang der Schienenachsen wird grundsätzlich befürwortet. Sie führt letztlich aber auch zur Verknappung von entsprechend nutzbaren Flächen, was sich schließlich auch auf den Preis von Wohnraum auswirkt. Bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die als Vorhaben enthaltene Intensivierung der Zusammenarbeit in Sachen Wohnungsbau sollte hinsichtlich der Schaffung von bezahlbarem bzw. mietpreis-/belegungsgebundenen Wohnraum konkretisiert werden. Unter anderem sind die Ergebnisse der Baulandkommission umzusetzen und die landesplanerischen Vorgaben zur Siedlungsentwicklung ggf. zu überarbeiten. Die Wohnbauförderung, die Kappungsgrenzen- und Mietpreisbegrenzungsverordnung müssen evaluiert und ggf. in Rückkopplung u. a. mit den relevanten Akteuren angepasst und Bauland verfügbar gemacht werden. Schließlich sollten sich die Länder Berlin und Brandenburg dafür einsetzen, dass die stetig steigenden Anforderungen beim Bauen überprüft und ggf. mit Blick auf die Bezahlbarkeit von Wohnraum angepasst werden.

Für den Austausch zw. Berlin und seinem (landesplanerisch definierten) Umland gibt es seit Jahren (wie beschrieben) das KNF und für den Teilraum des Flughafenumfeldes das Dialogforum. Überlegenswert wäre, den beabsichtigten verstärkten Austausch der Länder zur Umlandproblematik unter Beteiligung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg in den

bestehenden Strukturen weiter zu fokussieren und diese finanziell, personell aber auch in der Verbindlichkeit der hier erarbeiten Ergebnisse zu stärken.

Handlungsfeld 2 – Mobilität

- i2030
- S2-Verlängerung
- Weiterführung von Berliner Radschnellverbindungen
- Wirtschafts- / Güterverkehr
- Verkehr nach Polen

Der Landkreis Teltow-Fläming verweist erneut darauf, dass im Rahmen des Infrastrukturprogramms i2030 der Ausbau der Anhalter Bahn, als Südanbindung der Hauptstadtregion, durch eine Erweiterung der Gleisanlagen nicht berücksichtigt wurde. Eine Ergänzung wird weiterhin für erforderlich gehalten. Durch Verstärkung der Fernverkehre im Zusammenhang mit der Umsetzung des Deutschlandtaktes auf dieser Trasse wird künftig ein verlässlicher Takt des Regionalverkehrs immer schwieriger zu realisieren sein, was nicht zuletzt auch dem Anspruch des Landesnahverkehrsplans zuwider läuft. Ein verlässlicher Bahntakt ist jedoch die Voraussetzung für die Umsetzung einer stabilen und verlässlichen Verknüpfung zum kommunalen ÖPNV und dessen Optimierung durch die Landkreise als Aufgabenträger. Dieses Spannungsfeld kann nur gemeinsam von den Ländern Berlin und Brandenburg in enger Abstimmung mit dem Bund aufgelöst werden. Dazu bittet der Landkreis Teltow-Fläming langfristig um die Umsetzung eines 30-Minuten-Taktes von/bis nach Jüterbog und des Stundentaktes von/bis nach Niedergörsdorf.

Nach Fertigstellung der Dresdener Bahn ist ebenfalls ein 30-Minuten-Takt anzustreben.

Um das Ziel der guten Erreichbarkeit der Bahnhöfe zu erfüllen, sollten Angebote, für die „letzte Meile" mit dem ÖPNV gefördert werden. Es sollte aus Sicht des Landkreises nur bedingt in den Ausbau von P+R-Stellplätzen investiert werden. Schwerpunkt ist die Anbindung der Wohnorte an die Bahnhöfe durch den ÖPNV sowie den Fuß- und Radverkehr. Hierbei spielen die PlusBus-Linien aber vor allem die flexiblen und bedarfsgerechten RufBus Systeme eine große Rolle. Gut funktionierende und zuverlässige RufBus Systeme sind der Schlüssel für Mobilität im Ländlichen Raum. Diese Fahrgäste entlasten die Zielorte als auch die P+R-Anlagen. Der Flächenverbrauch und der Ausstoß von Co2 kann dadurch vermindert werden. Es gilt diese Bedienung durch eine verbesserte finanzielle Förderung durch das Land abzusichern und auszubauen.

Die Verlängerung der S 2 von Blankenfelde nach Rangsdorf ist als Maßnahme in der Vorhabenliste enthalten, was begrüßt wird. Soweit für die Verlängerung Überlegungen zur Wirtschaftsentwicklung – insbesondere am Standort Dahlewitz – dargelegt werden, ist für ggf. neu auszuweisende Entwicklungsflächen aus naturschutzfachlicher Sicht auf die Berücksichtigung der Maßnahmen, Ziele und Erfordernisse des Naturschutzes und der Landschaftspflege hinzuweisen.

Ergänzend wird angemerkt, dass auch die Stadt Ludwigsfelde u. a. im KNF, im Dialogforum und im VBB im Dialog mehrfach auf die Notwendigkeit eines S-Bahnanschlusses verwiesen hat. Aufgrund der Entwicklung der Stadt als Mittelzentrum und regionaler Wachstumskern sowie im Zusammenhang mit der ÖPNV-Erschließung des GVZ Berlin Süd in Großbeeren und entsprechenden Zielvorstellungen im Landesnahverkehrsplan erscheint dies auch aus Sicht des Landkreises mindestens prüfwürdig.

Der Ausbau lokaler, schneller, überregionaler Verbindungen mit hohen Radverkehrspotenzialen wird begrüßt. Dies sollte zugleich nicht auf Kosten des Naturschutzes durchgesetzt werden. Bei den zukünftigen Planungen sollten unter anderem die Vermeidung von Zerschneidungswirkungen der Landschaft und der gesetzliche Alleenschutz berücksichtigt werden. Gerade für den Schutz der Alleen trägt das Land Brandenburg eine besondere Verantwortung. Eine Zerstörung der Alleen zu Lasten des Straßen- bzw. Radwegeausbaus ist nicht zielführend.

Zum Vorhaben Radschnellverbindungen und ihrer Weiterführung in die angrenzenden Landkreise wird die Realisierbarkeit entscheidend von einer guten Kommunikation zwischen den relevanten Akteuren, einheitlichen Standards und bedarfsgerechter Förderung abhängen. Die für das 2. Quartal 2021 angekündigten Ergebnisse der landesweiten Potenzialanalyse zu Radschnellverbindungen werden hier ihren Beitrag leisten.

Im Güterverkehr sind neben den angesprochenen Verbesserungen bei der Feinverteilung bzw. der Überbrückung der „letzten Meile" auch Anstrengungen erforderlich, um mehr Güterverkehr auf die Schiene zu bekommen. Dazu gehören nicht nur freie Streckenkapazitäten, sondern auch Schienenanschlüsse für die großflächigen gewerblich-industrielle Vorsorge- und Logistikstandorte sowie gut ausgebaute und ausgelastete Terminals für den kombinierten Verkehr. Davon befindet sich eines in Großbeeren, das als einziges brandenburgweit in das Transeuropäische Verkehrshauptnetz eingebunden ist. Die Vorhabenliste ist entsprechen zu ergänzen.

Auch zwischen Polen und dem Landkreis Teltow-Fläming gibt es starke Pendlerverflechtungen, die bislang am ehesten über den motorisierten Individualverkehr auf der A10 laufen. Ein Ausbau einer schnellen Verbindung mittels Umweltverbund wäre wünschenswert. Die laufenden Bemühungen dazu werden grundsätzlich begrüßt. Da die bislang priorisierten Verbindungen alle direkt nach Berlin führen, kann der Landkreis Teltow-Fläming allerdings nur davon profitieren, wenn seine Anbindung von und nach Berliner weiter verbessert wird. In diesem Zusammenhang ist noch einmal auf den erforderlichen Ausbau der Anhalter-Bahn hinzuweisen, die genau wie die Dresdner-Bahn Bestandteil des Transeuropäischen Verkehrsnetzes ist.

Handlungsfeld 3 – Wirtschaft, Fachkräfte, Energie und Klimaschutz

- Standortmanagement für die Flughafenumfeldentwicklung
- Lärmschutz
- Regionale Nutzung von regionale erzeugtem Strom (Erneuerbare Energien)
- Gemeinsame Potenzale der Wasserstoffnutzung entwickeln
- Klimaneutrale Region
- Holzbau-Offensive

Das Flughafenumfeld ist ein besonderer Planungsraum, der einer besonderen Betrachtung bedarf. Die Arbeit der Vielzahl von hier vorhandenen Akteuren muss gebündelt und erarbeitete Ergebnisse mit mehr Verbindlichkeit und Durchsetzungskraft ausgestattet werden. Ineffiziente Doppelstrukturen sind zu vermeiden, Ressourcen zu bündeln und Prozesse möglichst über Wahlperioden zu verstetigen. Mit der Fortschreibung des Gemeinsamen Strukturkonzeptes (GSK) und daraus resultierend der Ableitung von Handlungsempfehlungen wird eine Grundlage zum Standortmanagement für die Flughafenumfeldentwicklung derzeit aktualisiert. Wie jedoch bereits bei der Erstellung des GSK als auch bei der Evaluierung vorgetragen, darf die Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Schutzkategorien nicht vernachlässigt werden.

Im Rahmen der gemeinsamen Aktivitäten zum Lärmschutz sind die bislang freiwillige Erstellung des Rahmenplans zur Lärmaktionsplanung im Umfeld des Flughafens Berlin Brandenburg (Teilaspekt Fluglärm) und die Arbeit der interkommunalen Arbeitsgemeinschaft dazu unter Federführung des MLUK fortzuführen und auf eine verbindliche Grundlage zu stellen. Um den belasteten Gebieten gerecht zu werden, sollte auch das Thema Gesamtlärmbetrachtung eingebunden werden.

Einen besonderen Schwerpunkt der Zusammenarbeit bildet die gemeinsame Gewerbeflächenentwicklung südlich der Flughafenregion, um dem Flächendruck expandierender Unternehmen aus Berlin und dem Berliner Umland gerecht zu werden. Hierzu zählt auch die gemeinsame nationale und internationale Vermarktung bestehender Flächen in der Hauptstadtregion am Vorbild „Metropolregion Nürnberg".

Das Voranbringen der Digitalisierung muss sich in diesem Handlungsfeld auf die Vernetzung der Zukunftszentren sowie die Anbindung an Unternehmen im ländlichen Raum beziehen, um die

Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Regionen zu gewährleisten. Die Abstimmungen sollten auf die Schaffung gemeinsamer Lösungen zur optimalen Umsetzung der Bundesstrategie zur Digitalisierung und der Schaffung von Grundlagen für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle gerichtet werden.

Für die Fachkräftesicherung hat aus Landkreissicht die Entwicklung gemeinsamer Bildungs- und Weiterbildungsangebote zur Qualifizierung bestehender Fachkräfte und von Langzeitarbeitslosen zur Ausschöpfung des Fachkräftepotenzials der Gesamtregion besondere Priorität. Gemeinsame Strategien zur länderübergreifenden Sicherung der Fachkräftebedarfe sind hier unerlässlich.

Die Nutzung erneuerbarer Energien ist notwendig um die Klimaschutzziele und die Energie- und Verkehrswende zu erreichen bzw. zu bewältigen. Dass Brandenburg als Flächenland hier Potenziale bietet, von denen auch Berlin profitieren kann, ist nicht von der Hand zu weisen. Besonderes Augenmerk ist bei den Abstimmungen zu raumverträglichen Standorten für die Energieerzeugung zugleich auf die Themen Akzeptanz, Nachhaltigkeit durch Verknüpfung mit angemessenem Netzausbau und Speichersystemen sowie Umweltverträglichkeit zu legen. Auch naturschutzfachlich wird es ausdrücklich positiv bewertet, die Energieversorgung so weit wie möglich auf regenerative Energieträger umzustellen. Eine frühestmögliche Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange und der naturschutzrechtlichen Schutzgebietskulisse bei der Standortsuche wird gleichermaßen hervorgehoben. Prioritär ist das Potenzial der Solarenergie auf Dächern (sowohl in Brandenburg als auch in Berlin) auszuschöpfen, um einen zusätzlichen Flächenverbrauch zu minimieren.

Mit dem Ziel des Klimaschutzes sollten auch im Verkehrsbereich Veränderungen, insbesondere zugunsten der Nutzung des Umweltverbundes, ermöglicht und abgestimmt werden. Auch alternative Konzepte sind zu prüfen, zu fördern und weiterzuentwickeln. Die angekündigte Holzbau-Offensive Berlin-Brandenburg wird auch wirtschaftlich und mit Blick auf vorhandene integrierte Standorte der Holzwerkstoffindustrie im Süden des Landkreises begrüßt.

Handlungsfeld 5 – Natürliche Lebensgrundlagen und Lebensqualität (insbesondere Gesundheit, soziale und grüne Infrastruktur, Wasserver- und -entsorgung, Kriminalitätsbekämpfung)

- Stärkung der Regionalparkentwicklung und des Freiraumverbundes

Wenngleich die Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen wesentlich zum Erholungswert für Menschen aus Berlin und Brandenburg beiträgt, sind neben dem Freiraumverbund und den Großschutzgebieten auch weitere naturschutzrechtliche Schutzgebiete insbesondere bei der Entwicklung neuer Erholungsgebiete zu berücksichtigen. Die Entwicklung von übergemeindlichen Konzepten und Planungen trägt sicher dazu bei, die Region als Gesamtraum zu betrachten. Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, dass entsprechende Finanzierungen und zwar nicht nur für die Planung sondern auch für die Umsetzung derartiger Konzepte einzustellen sind. Insbesondere bei gemeindeübergreifenden Planungen sind die Koordinierung und Mittelbeschaffung nicht durch einzelne Gemeinden möglich (siehe Erfahrungen und Bedarfsanmeldung zum Beispiel beim Projekt Regionalpark im Umfeld der Flughafenregion -Teltow-Park bzw. beim GSK - Gemeinsames Strukturkonzept Flughafenregion).

Grundsätzlich sind planerische Voraussetzungen bereits auf der Landesebene insbesondere durch den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion und für einzelne Handlungsfelder z. B. im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 vorhanden. Ebenfalls sind die Fachplanungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, angefangen beim Landschaftsprogramm des Landes Brandenburg, über den Landschaftsrahmenplan bis hin zu den Landschaftsplänen der Gemeinden zu berücksichtigen. Auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Einordnung des Strategiepapiers in bestehende Planungen wurde bereits oben hingewiesen.

Die räumliche Konkretisierung durch bedarfsweise Erweiterung der regionalen Freiraumfestlegungen ist aus naturschutzfachlicher Sicht zu forcieren. Die Idee zur Einrichtung eines Regionalparks Arbeitstitel „Das schöne Feld" und vor allem die Frage der Finanzierungsmöglichkeiten/Unterstützung durch das Land ist aufzugreifen bzw. zu ergänzen.

Handlungsfeld 7 – Wissenschaft, Forschung, Kultur und Bildung

- Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
- Aufarbeitung des gemeinsamen kolonialen Erbes
- Industriekultur

In der Beschreibung zum Handlungsfeld heißt es u. a.: „Kultur und Geschichte vermitteln den Menschen Heimat und tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Die beiden Länder verfügen gemeinsam, mit den sich ergänzenden Ausprägungen von Metropole und Kulturregion über ein einzigartiges Potential. In die individuelle wie die regionale Identität fließen immer verschiedene Stränge und Traditionslinien."

Die Vorhabenliste spiegelt dies jedoch nur lückenhaft wider. Die Brandenburgisch-Preußische Geschichte besteht nicht nur aus den genannten Beispielen (Schlösser und Gärten, koloniales Erbe und Industrie). Die preußische militaristische Tradition wird hier vollkommen außer Acht gelassen. Es gibt bundesweit nirgendwo derartig viele Zeugnisse dieser Tradition, wie in der Metropolregion Berlin Brandenburg. Insbesondere der Landkreis Teltow-Fläming ist von dieser Geschichte geprägt. Hier sind exemplarisch die Heeresversuchsstelle Kummersdorf, die Königlich-Preußische Militäreisenbahn oder die Garnison Jüterbog II zu nennen. Deshalb hat der Landkreis auch immer wieder darauf hingewiesen, die militärische Kulturlandschaft bei strategischen Planungen unbedingt zu berücksichtigen. Es ist ausdrücklich davor zu warnen, diesen Teil unserer Geschichte abzuspalten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des aktuellen Weltgeschehens, dem Erstarken von Patriotismus und Rechtfertigung militärischer Gewalt.

Anzumerken ist noch, dass die drei genannten Handlungsfelder, nämlich die Zeugnisse der brandenburgisch-preußischen Monarchie, das koloniale Erbe und auch die Industriegeschichte mit dem preußischen Militarismus unmittelbar in Verbindung stehen und die gesamte jüngere Geschichte Deutschlands ohne diesen wesentlichen Teil nicht erklärbar wäre. Aus diesem Grund wird gebeten, diese Aspekte zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

Wehlan